Evangelische Volkspartei
Kanton Zürich

RECHENSCHAFTSBERICHT

EVP-Kantonsratsfraktion

Die Mitglieder der EVP-Kantonsratsfraktion haben in der laufenden Legislaturperiode 2015-2019 bereits über 100 Vorstösse eingereicht. Alle aufzuführen, würde den Umfang dieses Berichtes übersteigen. Wir haben für Sie eine Auswahl vorgenommen.

Alle Vorstösse finden Sie im Internet unter www.kantonsrat.zh.ch

Für eine gute Bildung mit Zukunft!

Mehr Geld für die Bildung auf allen Stufen – weil Schüler-, Berufsschüler- und Studierendenzahlen steigen und die Pro-Kopf-Kosten nicht weiter sinken dürfen. Entlastungsmassnahmen wie kleinere Klassen und Klassenassistenzen vom Kindergarten bis zur Sekundarschule zum Auffangen der zunehmenden Zahl von Kindern mit besonderen Bedürfnissen und jüngeren Kindern. Angemessene und faire Löhne für Lehrpersonen aller Stufen und Schulen inkl. Kindergartenlehrpersonen. Vielfältiges kulturelles Schaffen sowie Jugend- und Breitensport fördern.

- Verzögerte Umsetzung des Gegenvorschlags zur EVP-Klassengrössen-Initiative muss beschleunigt werden (2015 313).
- Deutsch als Zweitsprache-Lehrpersonen sollen durch den Kanton angestellt werden (Parlamentarische Initiative 2016 075).
- Pflichtfach «Religion und Kultur» am Untergymnasium festlegen und so eine Lücke schliessen, welche nach Einführung des Fachs «Religion und Kultur» in der Volksschule aufgrund der EVP-Volksinitiative «Biblischer Unterricht» besteht (2016 112).
- Die EVP fordert gesetzliche Grundlagen, damit Lehrpersonen mit den Jahrgängen 1953-1967 die Altersentlastung, die aufgrund der Einführung des neuen Berufsauftrages ohne Übergangsregelung gekürzt wurde, gewährt werden kann (2017 314).
- Mit verschiedenen Massnahmen fordert die EVP Verbesserungen für Kindergärten: Kindergartenlehrpersonen sollen mit einem Vollpensum von 100% angestellt werden können (2018 007); die Klassengrösse im Kindergarten soll von 19,6 auf 18,5 über die nächsten drei Jahre gesenkt werden (2018 009), und der zweijährige Kindergarten soll im ersten Semester am Morgen durch eine weitere Person unterstützt werden (2018 010).
- In der Sekundarstufe 1 soll der Unterricht in verschiedenen Anforderungsstufen auch im gleichen Klassenverband möglich bleiben (2018 210).

Für starke Familie mit Zukunft!

Höhere Prämienverbilligungen und Prämienverbilligung auch für Familien mit Jugendlichen in Ausbildung. Mehr Teilzeitstellen für Frauen und Männer zur besseren Aufteilung der Berufs- und Erziehungsarbeit. Familienergänzende Betreuungsangebote ausbauen. Vaterschaftsurlaub und 5 Wochen Ferien für alle.

- Die EVP wehrt sich aktiv und erfolgreich gegen die Streichung von Subventionen durch das Bundesamt für Sport an zehn christliche Jugendorganisationen (2017 127).

- Fallen hohe Feiertage wie beispielsweise der 24. Dezember auf einen Sonntag, soll der Sonntagsverkauf zugunsten der Familien verboten sein (2017 317).
- Jährlich soll ein Bericht zur Gleichstellung von Frau und Mann in der Kantonsverwaltung erstellt werden und transparent aufzeigen, wo die Entwicklung steht (2018 008).
- Der Kanton soll die Einführung von freien Tagen für Angestellte prüfen, wenn diese ihre Eltern oder den/die Partner/in pflegen (2018 025).
- Der Jugendschutz soll auf E-Zigaretten & Co. ausgeweitet werden (2018 257).

Für eine nachhaltige Verkehrs-, Umwelt- und Energiepolitik mit Zukunft!

Förderung «intelligenter» Mobilitätslösungen und erneuerbarer Energiequellen. Energieverbrauch reduzieren und Energie effizient einsetzen. Bedarfsgerechter Ausbau des öffentlichen Verkehrs (inkl. zeitgemässem Nachtnetz). Offenhalten des Flughafens als Tor zur Welt mit fairer Fluglärmverteilung.

- In mehreren Vorstössen verlangte die EVP erfolgreich die Abschaffung des «Schiffsfünflibers». Damit konnten die Passagierzahlen wieder erhöht und das Personal in seinen Anstellungen gesichert werden (2016 423; 2017 188, 2017 260; 2017 262).
- Dringend müssen gesetzliche Grundlagen geschaffen werden, damit bei Neu- und Umbauten bauliche Vorbereitungen von Lade-Infrastrukturen für Elektrofahrzeuge vorgesehen werden (2017 297).
- Die Bundesgesetzgebung soll ergänzt werden mit dem Hinweis, dass umweltgefährdende Stoffe wie Glyphosat in der Schweiz verboten wird (2017 340).
- Die Verfahrensfristen bei Projekten für die Nutzung einheimischer erneuerbarer Energien soll verkürzt werden (2017 349).
- Trotz jährlicher Rückstellungen geht es mit dem Bau von Uferwegen um den Zürichsee nicht voran und auch der Kostenverteiler Kanton und Gemeinden ist unklar. Hier fordert die Partei, welche dazu auch eine EVP-Volksinitiative eingereicht hatte, Klarheit und Fortschritte (2018 051).
- Die Abfallmenge soll wirksam reduziert werden und die Regierung hat dazu eine Strategie zu entwickeln (2018 128).
- Das Nachtnetz für den öffentlichen Verkehr soll zeitgemäss ausgebaut werden (2018 180).

Für ein soziales Miteinander mit Zukunft!

Arbeitslosigkeit bekämpfen – besonders bei Jugendlichen und bei über 55-Jährigen. Unterstützung für pflegende Angehörige. Ausreichendes differenziertes Angebot für würdevolles Altern. Sanierung der Altersvorsorgewerke und Pflegen der Generationen-Solidarität. Leistungsfähiges Gesundheitswesen für alle sicherstellen.

- Wir fordern eine humanitäre Hilfe für Flüchtlinge vor Ort und unbürokratisch in der Schweiz (2015 152).
- Förderung und Erleichterung der Arbeitstätigkeit von Asylsuchenden, vorläufig aufgenommenen Ausländerinnen und Ausländern sowie anerkannten Flüchtlingen (2015 183).
- Umsetzung «ambulant vor teilstationär vor stationär» in der psychiatrischen Versorgung, damit so Ausgrenzungen minimiert werden (2015 198).
- Altersgerechte Wohnungen müssen in allen Gemeinden gefördert werden, damit spätere Unterstützungskosten nicht einseitig nur dort anfallen, wo altersgerecht gebaut wird (2016 172).
- Verzicht auf Einsparungen zu Lasten der Arbeitsbeschäftigung im Vollzugszentrum Bachtel.
- Der bürokratische Aufwand des Pflegepersonals soll zugunsten der Pflegezeit für die Menschen reduziert werden (2018 236).

Für eine verantwortungsvolle Wirtschaft mit Zukunft!

Gute Rahmenbedingungen für soziale und nachhaltige Marktwirtschaft. Zukunftsorientierung durch Abbau von übertriebenem Denkmalschutz und Bürokratie. Stärkung des dualen Berufsbildungssystems. Menschen im sich rasant ändernden Berufssystem fördern.

- Eine Flexibilisierung der Erwerbstätigkeit nach einer Frühpensionierung oder Pensionierung als selbständigerwerbende Person soll erleichtert und bestehendes Potential so besser genutzt werden können (2015 225).
- Erweiterung eines erwachsenengerechten Berufsbildungsangebots insbesondere für stark nachgefragte Berufe in Branchen mit Fachkräftemangel (2016 139).
- Die Denkmalpflege muss überdacht und reformiert werden. Drei Vorstösse dazu: Beschleunigung des Unterschutzstellungsverfahrens um Rechtssicherheit zu schaffen (2016 095); Denkmalpflege als kantonale Aufgabe definieren um nicht in jeder Gemeinde gleiche Objekte unter Schutz zu stellen und so die Entwicklung hemmen (2016 094); mehr Mass beim Denkmalschutz und nur noch Gebäude und Gebäudegruppen unter Schutz stellen, die als wichtige Zeugen gesamtkantonale Bedeutung einer historischen Epoche oder als herausragende kunsthistorisches Baudenkmal erhaltenswert sind (2016 093).
- Die EVP verlangt gleiche Rechte für alle bei den geplanten Lockerungen von Bauvorschriften für Spitäler und Kliniken sowie der psychiatrischen Versorgung. Auch in anderen Bereichen sind unverhältnismässige Aufwendungen zu reduzieren (2016 310).
- Bei Lohndumping soll die Praxis verschärft und eine Null-Toleranz eingeführt werden (2017 351).
- Vereine, wie die FIFA, mit einer Bilanzsumme von über einer Milliarde Franken sollen ihre Gewinne zum Steuersatz der Kapitalgesellschaften versteuern (2015 178).
- Für das Staatspersonal soll endlich eine fünfte Ferienwoche (ohne wöchentliche Mehrarbeitszeit) eingeführt werden (2018 097).

Diese EVP-Mitglieder haben in dieser Legislatur im Kantonsrat gewirkt:

Peter Reinhard, Kloten (1994-17), Gerhard Fischer, Bäretswil (1997-17), Johannes Zollinger, Wädenswil (2005-16), Walter Schoch, Bauma (2007-15), Markus Schaaf, Zell/Rämismühle (seit 2010), Nik Gugger, Winterthur (2014-17), Walter Meier, Uster (seit 2015), Daniel Sommer, Affoltern a.A. (seit 2015), Hanspeter Hugentobler, Pfäffikon (seit 2015), Tobias Mani, Wädenswil (seit 2017), Beat Monhart, Gossau (seit 2017), Mark Wisskirchen, Kloten (seit 2017) und Barbara Günthard Fitze (seit 2017)

Evangelische Volkspartei
Josefstrasse 32
8005 Zürich

Telefon 044 271 43 02
sekretariat@evpzh.ch
www.evpzh.ch

Bilder: ©Dreamstime